



Lobbying

# Am Mittelstand vorbei

© AVAVA - Fotolia.com

In Österreich hilft professionelles Lobbying vor allem großen Konzernen und der Politik, Klein- und Mittelbetriebe bleiben auf der Strecke. Das gehört geändert.

**D**ie Bestechungs- und Korruptionsaffären um Lobbyisten haben die Debatte um Parteispenden und Lobbying in Österreich wieder belebt. Mit der ultimativen Forderung nach Abschaffung stand der Marketingberater und KMU-Lobbyist Wolfgang Lusak von Lusak Consulting anlässlich der Präsentation einer Studie zum Thema „Lobbying in Österreich“ jedoch alleine da. Sozialrechtler Theodor Tomandl hält eine Abschaffung der Spenden an Parteien für unrealistisch. „Die Alternative wäre ja wohl Staatsfinanzierung“, gab der einstige Regierungsberater zu bedenken. Vielmehr ginge es darum, gesetzlich „sehr einfach“ Transparenz sicherzustellen, allenfalls Limits einzuziehen, um den Einfluss von Konzernen zu beschränken. „Die Spender könnten veröffentlicht werden, am einfachsten wäre das im Internet“, so Tomandl. Für den Generalsekretär des Wirtschaftsforums der Führungskräfte (WdF), Roland Graf, stünde Kontrolle und Transparenz an erster Stelle, „Endziel kann die Abschaffung sein.“ Nach Hans Hofinger, Chef des Genossenschaftsverbandes, werde es in der Realität ohne Parteispenden letztendlich nicht gehen. Was

notwendig wäre, sei „volle Transparenz“. Wenn Geld fließe, müsse das transparent und zuzuordnen sein, meinte auch die Präsidentin des Österreichischen Gewerbever-



ÖGV-Präsidentin Margarethe Kriz-Zwittkovits, Lobbying-Experte Wolfgang Lusak und Hans Hofinger, Chef des Genossenschaftsverbandes, wollen Lobbying für Klein- und Mittelbetriebe forcieren

eins, Margarethe Kriz-Zwittkovits. Der Unternehmer Herbert Wimberger (Wim-Tec) forderte, dass alles offengelegt werden müsse, was es an einschlägigen Aktivitäten gibt. Dann erübrigten sich auch Mauscheleien in Hinterzimmern.

„Wir werden von einer ‚Lobbykratie‘ beherrscht“, formulierte Lusak scharf, und legte zum Beweis die aktuellen Ergebnisse der Gallup-Studie „Lobbying in Österreich“ sowie eine Befragung unter 537 klein- und mittelständischen Unternehmen (KMU) und Führungskräften vor. 68 Prozent der Österreicher glauben, dass Lobbying vor allem den Konzernen, 63 Prozent dass es der Politik nützt. Nur 27 Prozent sehen einen Lobbying-Nutzen für klein- und mittelständische Unternehmen (KMU), gleich um elf Prozent-Punkte weniger als im Vorjahr. Bei den mittelständischen Führungskräften sind die Einschätzungen noch dramatischer: Sie sehen zu 93 Prozent die Konzerne, zu 75 Prozent die internationale Finanzwirtschaft und zu 68 Prozent Politik/Regierung als Lobby-Nutznieser und die KMU mit 38 Prozent als „unterversorgt“. Auf die Frage, wer mehr Lobbying betreiben sollte, gaben 43 Prozent der Österreicher an, dass kleine und mittelständische Unternehmen ihre diesbezüglichen Aktivitäten intensivieren sollten. Dahinter rangieren mit 33 Prozent Sozialorganisationen, Bürgerinitiativen (28 Prozent) und sozial Schwache (24 Prozent).

„Gutes Lobbying bedeutet, wenn wenige Menschen was zum Nutzen von vielen bewegen können“, betonte Lusak. „Das darf nicht umgekehrt sein.“ Er ortet einen Verfall der Kommunikationskultur: „Diejenigen, die das missbrauchen, sollen die anderen nicht davon abhalten, es zu nutzen.“ Um den Einfluss der klein- und mittelständischen Unternehmen (KMU) zu vergrößern, will er das Lobbying in diesem Bereich forcieren. Um die Unzufriedenheit von KMU und Mittelstand zu beseitigen und in eine für die gesamte Bevölkerung positive Entwicklung umzumünzen, schlägt Lusak unter anderem Aus- und Weiterbildung für KMU in Richtung professionelles Lobbying für ihre individuellen Projekte und Aktivitäten, Coaching für die Bildung professioneller KMU-Lobbies/Cluster/Kooperationen (im Rahmen der vorhandenen Interessenvertretungen) und Unterstützung der KMU-Interessenvertretung beim verbesserten Lobbying in Richtung Gesetzgebung, Verwaltung, Wissenschaft, Finanzpartner, Gesamtwirtschaft und Gesellschaft vor. Neben der Offenlegung aller Parteispenden tritt Lusak für eine weitgehende Reform der Demokratie ein: Mehr direktes Wahlrecht und Persönlichkeitswahl; nur mehr eine Funktionsperiode für Spitzenpolitiker; Festlegung einer Quote von Partei-unabhängigen Experten für Regierungsfunktionen.